



Bundesamt für Aussenwirtschaft
Office fédéral des affaires économiques extérieures
Ufficio federale dell'economia esterna

Reg. Nr.	8.43.40
E. A.	- 4. 11. 82
Diraktion	
Fed.-führung	12 XI 82
Mass. Anordnung	
Mitbericht	
Z. Kenntnis	UR / RP

3003 Bern,
Bundeshaus Ost

den 2. November 1982

Ø 031/61

22 79

Ihr Zeichen
Votre signe
Vostro segno

Unser Zeichen
Notre signe
Nostro segno

757.6.6 - Mt/rf

Ausser Kurier

Délégation suisse près l'OCDE
28, rue de Martignac

F-75007 P a r i s

OECD - Städtische Probleme

Herr Botschafter,

Wie aus Dokument C(82)145 zu entnehmen ist, wird der OECD-Rat demnächst zur Schaffung einer permanenten Gruppe über städtische Probleme zu befinden haben. In Dokument C(82)146 wird ferner vorgeschlagen, über das gleiche Thema ein Treffen auf Ministeriebene zu veranstalten.

Im Hinblick auf diese bevorstehenden Weichenstellungen fand am 19. Oktober 1982 eine Aussprache unter interessierten Bundesstellen (BRP, BWO, BIGA-ZRW, BAWI) sowie einem Vertreter des Städteverbandes statt. Hier die wichtigsten Feststellungen:

- (1) Es ist unbestritten, dass die städtischen Probleme in einzelnen OECD-Mitgliedstaaten von grosser Bedeutung sind und es weiterhin bleiben werden. Das von der ad hoc-Arbeitsgruppe ausgearbeitete Arbeitsprogramm (UP(82)5) dürfte somit für gewisse Mitgliedstaaten durchaus interessante Aspekte enthalten.
- (2) Auch in der Schweiz schenkt man den Problemen der städtischen Agglomerationen vermehrte Aufmerksamkeit. So haben der Städteverband und die schweizerische Vereinigung für Landesplanung veranlasst, beim BBW ein nationales Forschungsprogramm vorzuschlagen (Beilage 1).



Indes ist man einhellig der Meinung, dass die Art, wie man derartige Probleme angeht, primär von Gegebenheiten geprägt wird, die verschieden sind. Dies lässt die Vergleichbarkeit sowie die Uebertragbarkeit von Erfahrungen in anderen Regionen und Ländern a priori als fraglich erscheinen (Beilage 1). Unsere Prioritäten sind somit klar auf nationaler Ebene.

- (3) Das Thema liegt der eigentlichen Zielsetzung der OECD auch recht fern. Eine ganze Anzahl von internationalen sowie regionalen Organisationen sind auf diesem Gebiet bereits tätig (Beilage 2). Man muss sich unter den gegebenen Umständen fragen, ob eine intensive Behandlung der städtischen Probleme im Rahmen der OECD überhaupt sinnvoll ist. So fand unlängst in Lugano unter dem Vorsitz von Bundesrat Aubert eine Tagung auf Ministerebene statt. Diese Veranstaltung war im Rahmen der Arbeiten des Europarates organisiert worden.
- (4) Es gibt zahlreiche OECD-Ausschüsse, welche in der Lage sind, gewisse Städteprobleme zu behandeln. Primär käme wohl die WP6 des Industrieausschusses in Betracht. Weitere Gruppen könnten allenfalls andere Teilaspekte abdecken (Beilage 3).

Aus den oben aufgeführten Argumenten lässt sich die schweizerische Haltung zur Frage einer Weiterführung der fraglichen Arbeiten wie folgt umreißen:

- (a) Das vorgeschlagene Programm ist für die Schweiz von geringem Interesse. Die für solche Fragen zuständigen Bundesstellen werden sich weiterhin nicht daran beteiligen, sondern ziehen es vor, in anderen, besser geeigneten internationalen Fora mitzuarbeiten.
- (b) Wir möchten uns indessen dem mehr oder weniger markant vorgetragenen Wunsch anderer OECD-Mitgliedstaaten, das

- 3 -

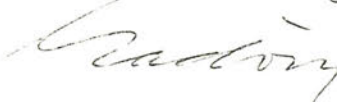
Thema innerhalb der Organisation zu behandeln, nicht wider-
setzen. Da aber kaum alle Mitgliedstaaten an diesen Arbeiten
interessiert sein dürften, wäre eine Verlagerung der Arbei-
ten in Teil II des OECD-Budgets angebracht.

- (c) Die Behandlung gewisser städtepolitischer Themen könnte allen-
falls der WP6 des Industrieausschusses zugeteilt werden.
- (d) So kurz nach der Tagung des Europarates von Lugano scheint
uns eine Tagung auf Ministerebene nicht gerechtfertigt.
Zudem kommt dem Thema innerhalb der Organisation eine peri-
phäre Stellung zu. Die Tendenz der OECD, in diesem Bereich
in Erscheinung zu treten, ist u.E. verfehlt.

Wir möchten es Ihnen überlassen, der schweizerischen Haltung
in den Organen der OECD in geeigneter Form Ausdruck zu verleihen
und versichern Sie, Herr Botschafter, unserer vorzüglichen
Hochachtung.

Dienst für internationale
Industrie- und Energiefragen

Beilagen erw.



(Madöry)

Kopie (mit Beilage und Dank um Ihre Stellungnahme) an:

- Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit/ZRW, 3003 Bern
- Bundesamt für Wohnungswesen, 3000 Bern 15
- Städteverband, Junkerngasse 56, 3011 Bern

Kopie (mit Beilage) an:

- Bundesamt für Raumplanung, 3003 Bern
- Bundesamt für Umweltschutz, 3003 Bern